



**Geschäftsführung  
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Gunia-Hennecken / Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 25.05.2010

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 15.04.2010, 15:30 Uhr bis 17:31 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Jochen Ott SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Dr. Walter Schulz auf Vorschlag der SPD

Herr Bernhard Ensmann CDU

Herr Niklas Kienitz CDU

Herr Henk van Benthem CDU Vertreter für Frau Holländer

Herr Ossi Werner Helling GRÜNE

Herr Horst Ladenberger auf Vorschlag der Grünen

Frau Marion Lüttig GRÜNE

Frau Katja Hoyer FDP

Frau Regina Wilden auf Vorschlag von pro Köln

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Franz Xaver Corneth auf Vorschlag der CDU

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU

Frau Ilse Stibbe auf Vorschlag der CDU bis 17.05 Uhr anwesend

Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	FDP (auf Vorschlag der Grünen im Rat gewählt)
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Annelie Appelmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände**

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region bis 17.45 Uhr anwesend
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Frau Dagmar Dahmen	323
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Detlef Heints	42/1
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte V/3
Herr Stephan Santelmann	50
Frau Bettina Scheunemann	502
Herr Michael Schleicher	56 + 5620

### **Schriftführung**

Frau Birgit Gunia-Hennecken	535
-----------------------------	-----

## **von den stimmberechtigten Mitgliedern fehlte:**

Herr Peter Krücker

auf Vorschlag der CDU

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott, verweist auf die aktuelle Tagesordnung, bei der die Zusetzungen fett geschrieben sind. Neu hinzugekommen sind folgende Tagesordnungspunkte: 3.4 bis 3.12, 4.5 bis 4.12, 6.2, 9.2.1 bis 9.2.4, 10.1.

Darüber hinaus ergeben sich folgende Änderungen in der aktuellen Tagesordnung:

Der auf dem Umdruck ausgezeichnete 3.11 befindet sich unter 3.12. Der auf dem Umdruck ausgezeichnete 3.13 befindet sich in der Tagesordnung unter 3.12.

Zu 4.4 Ist eine Präsentation von Frau Wenner und Frau Mages vorgesehen. Der TOP 4.10 müsste unter 3. in der Tagesordnung aufgeführt sein, der Punkt verbleibt unter dem Tagesordnungspunkt 4.

4.11 müsste eigentlich unter 7. aufgeführt sein. Auch dieser Punkt verbleibt auf der Tagesordnung unter 4.11.

Die Beantwortung zu 9.1.3 ist auf der Tagesordnung unter 16.1 zu finden.

3.11 und 3.12 gehören zu 9., werden auf der Tagesordnung jedoch bereits unter Punkt 3 aufgeführt und verbleiben auch dort.

RM Herr Ensmann bemerkt, dass auf der Tagesordnung ein Punkt zur aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln fehlt. Er wünscht sich zu diesem Thema eine fortlaufende Information über den neuen Sachstand. Sein Interesse steht im Zusammenhang mit den vielen Aktionen und Hinweisen verschiedener Personen und Verbände auf mögliche Konsequenzen, die sich aus der Haushaltssituation ergeben. Er fordert die Beigeordnete Frau Bredehorst auf, sich deutlich sichtbar für die sozialen Belange der Stadt einzusetzen.

Frau Bredehorst macht deutlich, dass sie die Bitte, einen Tagesordnungspunkt zur Haushaltslage aufzunehmen, lediglich zuständigkeitshalber an die Kämmerei weiterleiten kann.

RM Herr Helling hält das Einfügen eines immer wiederkehrenden Tagesordnungspunkts zur Haushaltslage nicht für sinnvoll. Dennoch sieht er die Relevanz für die betroffenen Träger im Jugend-, Gesundheits- und Sozialbereich, die von allen Anwesenden aus seiner Sicht angemessen ernst genommen werden.

Frau Bredehorst ergänzt, dass im Rahmen des eingebrachten Haushaltes in sehr umfangreicher Form die Konsequenzen dargestellt wurden. Ein Zeichen dafür, dass der Einsatz der Verwaltung im Interesse der Betroffenen ungebrochen erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott fasst zusammen, dass erst nach Vorlage einer einheitlichen Verwaltungsmeinung die Inhalte vertiefend in den Ausschüssen beraten werden können.

Die Ausschussmitglieder sind mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin

B Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gem. § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Beantwortung von Anfragen**

3.1 Erfahrungsbericht: "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel  
Hier: Anfrage von Frau dos Santos Herrmann aus der Sitzung vom 20.08.2009  
3923/2009

3.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)  
hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010  
0877/2010

3.3 zu TOP 3.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben im Jugendhilfeausschuss  
hier: Bericht der U 25 Konferenz  
1031/2010

3.4 Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Herrn Prölß zu: Aufenthaltsdauer geduldeter Flüchtlinge in Köln  
0579/2010

3.5 Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 25.01.2010

Anregung von Herrn Detjen zu TOP 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008  
0796/2010

3.6 Anfrage des Herrn Detjen (Fraktion Die Linke.Köln), Ausschussmitglied, zu "Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge"  
0854/2010

3.7 zu TOP 3.4. Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schulz im Ausschuss für Soziales und Senioren vom 04.03.2010  
hier: Bericht der U 25 Konferenz  
1189/2010

3.8 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010"  
1234/2010

3.9 Anfragen zum Strategischen Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln (TOP 6.1 der Sitzung vom 04.03.2010)  
1272/2010

3.10 Schuldner- und Insolvenz-Beratungsangebote in Köln  
Hier: Anfrage RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 04.03.2010 (zu TOP 3.2)  
1342/2010

3.11 Ermessensbindung bei Förderentscheidungen  
1562/2010

3.12 Anfrage der CDU-Fraktion zu "Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege"  
1579/2010

#### **4 Mitteilungen**

4.1 Abschlussbericht "Alter schafft Neues - Aktiv im Alter" in Köln  
0671/2010

4.2 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen in der Grundversicherung für Arbeitsuchende (SGB II)  
0773/2010

4.3 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention  
1010/2010

- 4.4 Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren - Präsentation des Kölner Beratungsnetzes (schriftliche Mitteilung folgt nach)
- Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren  
hier: Jahresbericht 2009 der Beratungseinrichtungen  
0898/2010
- 4.5 Illegale Beschäftigung bei der Fa. Mr. Wash  
Abschließende Mitteilung zu TOP 3.6 der Sitzung vom 04.03.2010, Mitteilung  
0726/2010  
1370/2010
- 4.6 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter" finden am 29. und 30. September  
2010 im Gürzenich Köln statt  
1410/2010
- 4.7 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang  
1409/2010
- 4.8 Erfahrungsbericht zum Thema "Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen" im Zusammenhang mit dem aktuellen Pilotprojekt mit der GAG Immobilien AG  
0464/2010
- 4.9 Vorläufiges Leitbild der Kölner Interkulturellen Zentren  
1227/2010
- 4.10 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln  
1404/2010
- 4.11 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2010  
1452/2010
- 4.12 Kinderzentrum Porz: Interdisziplinäre Frühförderung  
1537/2010
- 5 Wohnen**
- 5.1 Mieterhöhungen in Köln  
hier: mündliche Anfrage von Frau Schultes
- 6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln**
- 6.1 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln  
0945/2010

Monitoringbericht Februar 2010

6.2 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II  
1492/2010

**7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

**8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 WinWin für Köln?  
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.01.2010  
AN/0057/2010

Antwort der Verwaltung  
0724/2010

9.1.2 Wohnungsgenossenschaften in Köln  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2010  
AN/0177 /2010

Wohnungsgenossenschaften in Köln (hier: Beantwortung der Anfrage CDU-Fraktion vom 20.01.2010 aus der Sitzung SoSe v. 04.03.2010)  
1575/2010

9.1.3 Sozialwohnungen  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010  
AN/0365 /2010

9.1.4 Ausgleichsabgabe 2007  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010  
AN/0404 /2010

Antwort der Verwaltung  
0922/2010

9.1.5 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln  
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010  
AN/0409 /2010

9.2 Aktuelle Anfragen

9.2.1 Ermessungsbindungen bei Förderentscheidungen  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.03.2010  
AN/0546/2010

- 9.2.2 Von der ArGe geförderte Maßnahmen nach SGB III, § 46  
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 30.03.2010  
AN/0595/2010
- 9.2.3 Auszahlungsstopp für Empfänger von SGB II-Leistungen wegen Krankenkassenwechsel  
AN/0649/2010
- 9.2.4 Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege  
AN/0650/2010
- 10      **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen****
- 10.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Coach e.V., Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migranten, Oskar-Jäger-Str. 139, 50825 Köln  
1225/2010
- 11      **Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse****
- 12      **Ausschussempfehlungen an den Rat****
- 12.1 Bundesweites Modell zur individuellen Steuerung der Energiekosten und zum sparsamen Umgang mit Energie  
5325/2009
- 13      **Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften****
- 14      **Anfragen****
- 14.1 Abschlagszahlungen für die Seniorenvertretung  
hier: mündliche Anfrage von SE Frau Kleinpaß-Börschel
- 14.2 aktueller Sachstand zum Referat für Lesben, Schwule und Transgender  
hier: mündliche Anfrage von dem Ausschussvorsitzenden Herrn Ott



## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, für die heutige Sitzung Frau Birgit Gunia-Hennecken als stellvertretende Schriftführerin zu wählen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **B Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gem. § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verpflichtet einstimmig folgende sachkundige Einwohnerinnen gem. § 5 der Hauptsatzung:

Frau Carolin Brauckmann (auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender) und

Frau Antonella Giurano (auf Vorschlag des Integrationsrates).

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

### **2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

### **3 Beantwortung von Anfragen**

#### **3.1 Erfahrungsbericht: "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel**

**Hier: Anfrage von Frau dos Santos Herrmann aus der Sitzung vom  
20.08.2009  
3923/2009**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Sucht-clearing (ASC)**  
**hier: Beantwortung der Anfrage von Frau Schlitt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.01.2010**  
**0877/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.3 zu TOP 3.1 Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schlieben im Jugendhilfeausschuss**  
**hier: Bericht der U 25 Konferenz**  
**1031/2010**

SE Herr Klein merkt an, dass die hilfsbedürftigen Jugendlichen nach den Vorgaben von Prof. Dr. Schöning in sieben Typen unterteilt werden. Er spricht sich gegen eine Typisierung von Menschen aus. Ergänzend hierzu fragt er an, welche Arbeitsaufträge der Arbeitskreis "Wege in die Arbeitswelt" verfolgt.

SB Herr Dr. Schulz merkt an, dass in der Darstellung Typen möglicher Verhaltensweisen erwähnt werden. Es erfolgt keine Typisierung von Menschen, so dass der Verfasser der Studie hier nicht missverstanden werden sollte. Er weist darauf hin, dass zu einem übergreifenden Problem eine Antwort abgegeben wurde, die sich auf einen begrenzten Sozialraum bezieht. Aus seiner Sicht ist dies ein Mangel, der eine umfassende Sicht der Problematik nicht ermöglicht.

Herr Santelmann erläutert, dass der Arbeitskreis "Wege in die Arbeitswelt" im Sozialraum Chorweiler tätig ist.

Er wird veranlassen, dass sich der Sozialraumkoordinator Herr Ellerbrock mit SB Herrn Dr. Schulz direkt in Verbindung setzen wird.

**3.4 Anfrage des Integrationsratsmitgliedes Herrn Pröbß zu: Aufenthaltsdauer geduldeter Flüchtlinge in Köln**  
**0579/2010**

RM Frau Schmerbach stellt fest, dass in der Vorlage unter anderem eine Zahl von 650 Personen erwähnt wird, die mehr als 15 Jahre lediglich mit einer Duldung in Köln leben. Sie schlägt vor, die Vorlage in das Gremium "Runder Tisch für Flüchtlingsfragen" zu verweisen, um mögliche Lösungen dieser unbefriedigten Situation vertiefend erörtern zu lassen.

RM Frau Lüttig sieht im Bezug auf die hohe Zahl der Menschen mit einer Duldung die dringende Notwendigkeit, eine Lösung zu erarbeiten.

RM Herr Helling ergänzt, dass diese Menschen durch die Raster der vorhandenen Alt- und Bleiberechtsregelungen durchgefallen sind und hier in letzter Konsequenz die Rückkehr in ihr Heimatland ansteht. Eine Verweisung an den „Runden Tisch für Flüchtlingsfragen“ hält er ebenfalls für sinnvoll.

SB Frau Wilden regt an, die Zahlen und Ergebnisse im Sozialausschuss und auch im Rat zu diskutieren. Sie spricht sich dafür aus, die Asylbewerberverfahren zügig durchzuführen, damit anerkannte Asylbewerber alle Unterstützungen erhalten, die notwendig sind. Nicht anerkannte Asylbewerber sollten schnellstmöglich in ihr Heimatland zurückkehren.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott weist darauf hin, dass bei vielen Menschen unklar ist, in welches Land sie zurückkehren sollten.

Frau Dahmen erläutert, dass zum Stichtag 31.01. alle Personen benannt wurden, die im Besitz einer Duldung waren. Einige von ihnen hatten zuvor über einen begrenzten Zeitraum eine Aufenthaltsgenehmigung, sind jedoch aus unterschiedlichen Gründen wieder in die Duldung zurückgefallen. Solange die gesetzliche Grundlage in dieser Form bestehen bleibt, ist nicht auszuschließen, dass einige Menschen in der Duldung auch noch länger verbleiben werden. In jedem Einzelfall werden ausführlich sämtliche Möglichkeiten geprüft, die jedoch immer wieder an die gesetzlichen Grenzen stoßen. Die vorgelegten Zahlen wirken zwar sehr hoch. Gemessen an der Gesamtzahl von 177.000 Menschen, ist der Anteil jedoch relativ gering.

SE Frau Stahlhofen möchte hierzu eine breite Öffentlichkeit schaffen, um Veränderungen des Asylrechtes bewirken zu können. Sie spricht sich ebenfalls für die Verweisung des Themas in das Gremium „Runder Tisch für Flüchtlingsfragen“ aus.

SE Frau Hanisch sieht ebenfalls die Notwendigkeit, in diesem Bereich Lösungen zu finden.

RM Frau Hoyer bittet, die sehr eindrucksvolle und erläuternde Beantwortung an das Gremium „Runder Tisch für Flüchtlingsfragen“ weiterzugeben.

Frau Bredehorst sagt zu, dass Thema auf die nächste Tagesordnung des „Runden Tisches für Flüchtlingsfragen“ setzen zu lassen und die Beantwortung weiterzuleiten.

### **3.5 Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 25.01.2010**

**Anregung von Herrn Detjen zu TOP 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008  
0796/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.6 Anfrage des Herrn Detjen (Fraktion Die Linke.Köln), Ausschussmitglied, zu "Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge" 0854/2010**

RM Frau Schmerbach merkt an, dass im Jahr 2009 insgesamt 14 Jugendlichen eine Beschäftigungserlaubnis erteilt wurde. Sie möchte gerne wissen, wie viele Jugendliche insgesamt einen Antrag gestellt haben und wie viel Anträge letztlich abgelehnt wurden.

Frau Dahmen stellt dar, dass von insgesamt 424 Personen 172 Personen zwischen 16 und 18 Jahren und 252 zwischen 19 und 25 Jahren sind. Die Antragstellung wird pro Einzelfall intensivst vorbereitet, sodass nur diese Fälle überhaupt in das Prüfungsverfahren zu Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis münden. Die Zahl der abgelehnten Anträge wird nicht erfasst.

**3.7 zu TOP 3.4. Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Schulz im Ausschuss für Soziales und Senioren vom 04.03.2010 hier: Bericht der U 25 Konferenz 1189/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.8 Kölner Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2010" 1234/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.9 Anfragen zum Strategischen Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln (TOP 6.1 der Sitzung vom 04.03.2010) 1272/2010**

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott schlägt vor, diesen Punkt in der geplanten Sondersitzung zu beraten.

SE Frau Hollmann bittet um ergänzende Erläuterungen zur Statistik. Darüber hinaus regt sie an, die Zahlen der Alleinerziehenden auf die einzelnen ARGE-Standorte zu differenzieren.

Herr Müller-Starmann erläutert, dass 81.000 Kunden erwerbsfähige Hilfebedürftige sind. Davon sind 41.000 Kunden aktivierbare erwerbsfähige Hilfebedürftige. Bezüglich

der Alleinerziehenden kann nur auf die Zahlen zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Bezug genommen werden. Es ist nicht möglich die Zahl der Alleinerziehenden aus der Gruppe der aktivierbaren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu differenzieren. Die erwerbsfähigen alleinerziehenden Hilfebedürftigen können den einzelnen Standorten der ARGE zugeordnet werden.

SE Herr Klein fragt nach, wie die Differenzierung in aktivierbaren und nicht aktivierbaren Kunden zu verstehen ist.

Herr Müller-Starmann erläutert, dass die nicht aktivierbaren Kunden Personen sind, die nach Prüfung der gesetzlichen Grundlage des SGB II nicht arbeiten müssen wie z.B. Schüler, Auszubildende, Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren.

**3.10 Schuldner- und Insolvenz-Beratungsangebote in Köln**  
**Hier: Anfrage RM Frau Schmerbach in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 04.03.2010 (zu TOP 3.2)**  
**1342/2010**

RM Frau Schmerbach dankt für die ausführliche Beantwortung und fragt nach, ob seitens der Verwaltung Überlegungen zur weiteren finanziellen Unterstützung der Schuldnerhilfe bestehen.

Frau Bredehorst merkt an, dass in der Beantwortung nur Zuschüsse im Rahmen des SGB II und SGB XII aufgelistet wurden. Es gibt weitere Zuschüsse bspw. über die Sparkassen. Hierzu hat die Verwaltung jedoch keinen umfassenden Kenntnisstand. Aufgrund der unklaren Haushaltslage kann vor einer weiteren finanziellen Unterstützung der Schuldnerhilfe zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage abgegeben werden.

Frau SE Kleinpass-Börschel berichtet, dass die Seniorenvertretung im vergangenen Jahr angeregt hat, eine aufsuchende Schuldnerberatung für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, anzubieten. Sie fragt an, wie hierzu aktuell verfahren wird.

Frau Scheunemann erklärt, dass dieses Angebot von den Beratungsstellen geleistet wird. Bei Bedarf können die Außenstellen des Sozialamtes oder die Beratungsstellen selbst angesprochen werden.

SE Frau Kleinpass-Börschel möchte gerne wissen, wie viel Menschen dieses Angebot tatsächlich in Anspruch nehmen.

Frau Scheunemann ergänzt, dass das Angebot bisher in Einzelfällen angenommen wird. Sie hält die aufsuchende Schuldnerberatung dennoch für notwendig und im Interesse der Betroffenen auch für sinnvoll.

RM Herr Ensmann bittet um einen umfassenden Überblick, welche Angebote in Köln im Rahmen der Schuldnerhilfe bestehen.

Frau Bredehorst macht deutlich, dass die Verwaltung aufgrund der vielfältigen Aktivitäten unter anderem auch durch einzelne Rechtsanwälte keine zuverlässige Übersicht erstellt werden kann.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott merkt an, dass eine sorgfältige Prüfung der Beantwortung erforderlich ist, um ggf. dann detailliert einzelne Aspekte abzufragen.

Frau Blümel macht deutlich, dass verschuldete Senioren auch in den Seniorenberatungsstellen Hilfe erhalten können bzw. bei komplexen Verschuldungsproblematiken an die Schuldnerberatung übergeleitet werden.

RM Frau Hoyer wäre ebenfalls an einer Übersicht der Angebote sowie an einer Aufstellung der Inanspruchnahme der Schuldnerhilfe interessiert.

SE Frau Stahlhofen schlägt vor, alle Personen, die berechtigt sind, einen Köln-Pass zu bekommen, im Hinblick auf ihren Bedarf an Schuldnerberatung in den Fokus zu setzen.

Frau Bredehorst macht nochmals deutlich, dass die Angebote im Bereich der Schuldnerhilfe und Beratung sehr vielfältig sind und zu einem nicht unerheblichen Teil auch gewerblich geleistet werden. Sie sieht keine Möglichkeit, hier zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

RM Herr Helling schlägt vor, die einschlägigen Beratungsstellen zu befragen, welchen finanziellen Hintergrund die Hilfesuchenden haben.

Frau Bredehorst schlägt vor, einen Vertreter bzw. eine Vertreterin des Arbeitskreises Schuldnerberatung in den Ausschuss einzuladen, damit dieser/diese die Gesamtsituation darstellt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott bittet die Verwaltung, das Thema in die Jahresplanung aufzunehmen. Aus seiner Sicht sollte das Hilfesystem vernetzt arbeiten, so dass bei aufkommenden Problemen jeder Dienst/ jede Institution auf die entsprechenden Anlaufstellen verweisen kann.

### **3.11 Ermessensbindung bei Förderentscheidungen 1562/2010**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

### **3.12 Anfrage der CDU-Fraktion zu "Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege" 1579/2010**

RM Herr Ensmann weist daraufhin, dass die betroffenen Verbände Unterstützungen und Lösungen seitens der Mitglieder der Ausschüsse und des Rates erwarten.

SE Frau Hollmann ist der Meinung, dass die Mitglieder der Ausschüsse und des Rates Lösungsideen vorab entwickeln sollten.

RM Herr Helling spricht sich dagegen aus, den Tagesordnungspunkt zum Anlass zu nehmen, über die Haushaltslage zu diskutieren. Aus seiner Sicht müssen politische Entscheidungen konkret getroffen werden, um festzulegen, in welchen Bereichen sich die anstehenden Kürzungen niederschlagen werden.

RM Frau Hoyer verweist auf die Haushaltsdebatten im Rat. Dort wurde ausführlich über das Verfahren zu den anstehenden Kürzungen beraten.

Herr Kersjes erläutert, dass die Liga der freien Wohlfahrtsverbände in ihrem Brandbrief auf die Situation und die Konsequenzen deutlich hinweist. In diesem Zusammenhang sind die Verbände sehr an einer zügigen politischen Entscheidung interessiert.

Herr von Bentheim merkt an, dass sich zunächst der Oberbürgermeister und die Kämmerei zum Haushalt äußern müssen. Erst dann kann eine politische Entscheidung auf dieser Grundlage erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott ist überzeugt, dass die politischen Vertreterinnen und Vertreter die Lage realistisch einschätzen können und die Folgen für die Stadt deutlich vor Augen haben.

RM Herr Helling weist darauf hin, dass die Kämmerei den Antrag der CDU bezüglich der Abschlagszahlungen geprüft hat und zu dem Schluss gekommen ist, dass unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung dies nicht genehmigungsfähig ist.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 Abschlussbericht "Alter schafft Neues - Aktiv im Alter" in Köln 0671/2010**

SB Dr. Schulz bedankt sich für den sehr aussagekräftigen Bericht und lobt die darin geschilderten Aktivitäten.

SE Frau Hollmann fragt an, ob Planungen zur Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung bestehen.

Herr Heints erläutert, dass die Frage, wie es weitergehen soll, noch offen ist. Viele der Akteure zeigen jedoch eine deutliche Bereitschaft, sich auch weiter zu beteiligen.

SE Frau Hollmann fragt an, ob der Arbeitskreis noch existiert und ob eine Übertragung auf andere Sozialräume geplant ist.

Herr Heints teilt mit, dass die Zukunft des Projektes zurzeit noch unklar ist, daher lässt sich über weitere Planungen auch noch nichts Konkretes mitteilen.

SE Frau Kleinpass-Börschel merkt hierzu an, dass die Seniorenvertretung sich als Ansprechpartner angeboten hat um unterstützend zu wirken.

### **4.2 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) 0773/2010**

SE Herr Klein fragt an, ob zu den atypischen Bedarfen bereits erste Anträge bzw. Erfahrungswerte vorliegen.

Herr Santelmann berichtet, dass zurzeit fünf bis sechs Neuanträge eingegangen sind. Ca. 23-24 Fälle konnten von dem Bereich des SGB XII in den Bereich des SGB II überführt werden.

### **4.3 Kurzbericht zur Kampagne "Keine Kurzen für Kurze 2010" - Angebote zur Alkoholprävention und Gewaltprävention 1010/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.



#### **4.4 Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren - Präsentation des Kölner Beratungsnetzes (schriftliche Mitteilung folgt nach)**

**Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren  
hier: Jahresbericht 2009 der Beratungseinrichtungen  
0898/2010**

Frau Wenner vom Kölner Arbeitslosenzentrum e.V. und Frau Mages vom Vingster Treff stellen anhand ihres vorgelegten Berichtes die einzelnen Sachverhalte nochmals dar. Ergänzend hierzu legen sie eine Tischvorlage mit einigen ergänzenden Informationen vor.

RM Frau Hoyer bittet um eine Erläuterung zur folgenden Aussage im Resümee des Berichtes: "Die Frage ist, warum es politisch und gesellschaftlich gewollt ist, Menschen die aus dem Arbeitsmarkt herausfallen zu reglementieren und wie in den Armenhäusern des Mittelalters über modere Formen der Arbeit für Arme zu beschäftigen."

Frau Wenner erläutert, dass aus ihrer Sicht das Problem der Arbeitslosigkeit auf politischer Ebene bisher nicht gelöst werden konnte. Daher wird das Phänomen der Arbeitslosigkeit vermehrt individualisiert betrachtet. In der Beratung erscheinen zurzeit zunehmend Menschen, die mit den Folgen ihres Leistungsbezugs im Rahmen des SGB II zu kämpfen haben. Die Strukturform und die Umgangsweise mit erwerbslosen Menschen werden in den Beratungsstellen nicht immer als menschenfreundlich empfunden.

RM Frau Hoyer ergänzt, dass sie dennoch den Vergleich mit den Armenhäusern des Mittelalters nicht nachvollziehen kann.

Frau Wenner erläutert, dass die politische Debatte um den Bezug von SGB II-Leistungen Verunsicherungen und enorme Ängste bei den Betroffenen auslöst.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott berichtet, dass aus seiner Sicht die Mehrzahl der Menschen daran interessiert ist, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Leider haben sie kaum Chancen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Da ist ein sozialer/kommunaler Arbeitsmarkt durchaus sinnvoll.

SE Frau Hollmann stellt fest, dass sich einige der im Bericht genannten Handlungsempfehlungen ohne größere Schwierigkeiten umsetzen lassen. Sie fragt nach, ob die Verwaltung diese Empfehlungen aufgreifen wird.

Frau Bredehorst entgegnet, dass die Verwaltung derzeit die Handlungsempfehlungen auf ihre Umsetzbarkeit prüft. Angesichts der Haushaltslage können die Vorschläge, die ohne finanziellen Aufwand durchgeführt werden können schneller umgesetzt werden im Vergleich zu den Vorschlägen, die Mittel notwendig machen.

SE Frau Hollmann bekräftigt nochmals, dass der Bericht viele gute Vorschläge enthält, die angegangen werden sollten.

Frau Bredehorst stellt heraus, dass die Arbeit der Beratungsstellen von großer Bedeutung ist und sich in letzter Konsequenz sehr positiv auf die Arbeitsabläufe in den ARGE-Standorten auswirkt.

RM Herr Helling ergänzt, dass die Arbeit der Beratungsstellen vermutlich auch Kosten einsparend wirkt. Das heißt, die Ausgaben zur Finanzierung des Beratungsangebotes erzielen im Ergebnis auch Einsparungen, die zwar statistisch nicht nachweisbar sind, jedoch nicht minder bedeutend.

SB Herr Dr. Schulz weist darauf hin, dass das Land hier nicht aus der Finanzierung ausgestiegen ist, sondern aus der Weitergabe der Mittel des europäischen Sozialfonds. Dies ist ein wesentlicher Unterschied. Die Beratung der Betroffenen ist eine wichtige Aufgabe, die in jedem Fall auch weiterentwickelt werden muss, um frühzeitig und adäquat unterstützen zu können.

SB Frau Wilden stellt dar, dass die in den Handlungsempfehlungen genannten Vorschläge der Übersetzung von Schriftstücken und Informationsmaterialien ihr nicht sinnvoll erscheinen. Sie ist der Meinung, dass Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nur gelingen kann, wenn diese Personen auch die deutsche Sprache erlernen.

RM Herr Ensmann spricht sich dafür aus, insbesondere junge Menschen so zu qualifizieren, dass sie eine Ausbildung antreten und diese auch erfolgreich abschließen können.

SE Frau Eggeling ergänzt, dass die Übersetzung einiger Schriftstücke in andere Sprachen auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen durchaus erforderlich ist.

Abschließend dankt der Vorsitzende Herr Ott den beiden Referentinnen für ihren ausführlichen Vortrag.

**4.5      Illegale Beschäftigung bei der Fa. Mr. Wash  
Abschließende Mitteilung zu TOP 3.6 der Sitzung vom 04.03.2010, Mitteilung 0726/2010  
1370/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter" finden am 29. und 30. September 2010 im Gürzenich Köln statt  
1410/2010**

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diese Mitteilung in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

**4.7 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang  
1409/2010**

Die Ausschussmitglieder beschließen, auch diese Mitteilung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

**4.8 Erfahrungsbericht zum Thema "Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen" im Zusammenhang mit dem aktuellen Pilotprojekt mit der GAG Immobilien AG  
0464/2010**

SE Frau Eggeling bittet die Verwaltung mitzuteilen, welcher Personkreis von den Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung profitiert.

Herr Schleicher erläutert, dass der Ankauf eines Belegungsrechtes in dieser Form lediglich eine Art von mehreren ganz unterschiedlichen Vorgehensweisen ist. Er verdeutlicht, dass Belegungsrechte notwendig sind, um Familien versorgen zu können, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben. Es geht hier nicht um öffentlich geförderte Wohnungen bei denen Belegungsrechte bereits bestehen, sondern um zusätzliche Kapazitäten. Die in der Mitteilung erwähnten Kosten in Höhe von 41,00 Euro sind im Vergleich noch relativ preiswert gemessen an anderen Verfahren. Derzeit wird auf Bundes- und Landesebene über eine Neustrukturierung der Belegungsrechte diskutiert.

Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang in Köln die Möglichkeiten verschiedener Vorgehensweisen nochmals prüfen.

**4.9 Vorläufiges Leitbild der Kölner Interkulturellen Zentren  
1227/2010**

Die Ausschussmitglieder vereinbaren, die Tischvorlage in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

#### **4.10 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln 1404/2010**

SE Frau Hollmann bedankt sich für die Mitteilung und bittet die Verwaltung, die Anregungen weiterzugeben.

Frau Bredehorst sagt dies zu.

#### **4.11 Bericht der Behindertenbeauftragten - 04/2010 1452/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.12 Kinderzentrum Porz: Interdisziplinäre Frühförderung 1537/2010**

Der Vorsitzende Herr Ott ist der Auffassung, dass die interdisziplinäre Frühförderung aufgrund ihrer großen Bedeutung für die Entwicklung der Kinder auch noch in den ersten beiden Grundschuljahren angeboten werden sollte. Nur so könnte eine fachlich adäquate Förderung der Kinder erfolgen. Er fragt an, ob die Verwaltung in diese Richtung Überlegungen anstellt und könnte sich hier eine Initiative auf Bundesebene durch die Gesundheitsdezernentinnen und -dezernenten vorstellen. Außerdem appelliert er an die Fraktionen, sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Im Rat wurde beschlossen, eine Inklusionsgruppe einzurichten, die sich mit der Frage beschäftigt, wie Inklusion tatsächlich umgesetzt werden kann. Aus seiner Sicht setzt das Kinderzentrum Porz den Inklusionsgedanken in sofern um, das es wichtige Anregungen und Hilfestellungen leistet, damit Kinder die notwendige Unterstützung im Hinblick auf ihren schulischen Werdegang erhalten. Umso wichtiger ist es, die Altersbegrenzung auf Grundschulkinder bis zum zweiten Schuljahr auszuweiten.

Der Vorsitzende Herr Ott befürchtet, dass aufgrund der Verordnung ein so wichtiges Angebot Schaden nimmt, obwohl es sehr notwendig erscheint und in Zukunft vermutlich wieder an Bedeutung gewinnen wird.

Er bittet die Verwaltung, die beiden genannten Themenbereiche nochmals im Hinblick auf mögliche Maßnahmen und Initiativen zu prüfen.

Frau Bredehorst berichtet, dass sie die Entwicklung einer Frühförderverordnung sehr begrüßt. Köln zeichnet sich dadurch aus, dass der Verhältnissatz zwischen dem, was die Krankenkassen bezahlen, und dem, was die Stadt zu zahlen hat, sehr günstig ist. Die Frühförderverordnung legt fest, für welche Altersgruppe die interdisziplinäre Frühförderung infrage kommt.

Die Verwaltung wird die Anregung des Vorsitzenden aufnehmen und das Thema im Städtetat nochmals einbringen.

Zu dem zweiten Themenkomplex teilt Frau Bredehorst mit, dass nicht der Eindruck entstehen sollte, dass jetzt weniger Kinder eine Frühförderung erhalten als vorher. Durch die Festlegung der Altersgruppen kann die Frühförderung entsprechend früher einsetzen, sodass auch jüngere Kinder hier profitieren können.

Die Anregung zur Frühförderung von Grundschulkindern wird Frau Bredehorst an die Jugendverwaltung weiterleiten. Sie ergänzt, dass bereits ein gemeinsamer Termin zusammen mit der Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport, Frau Dr. Klein, und dem Kinderzentrum Porz vereinbart wurde.

## **5 Wohnen**

### **5.1 Mieterhöhungen in Köln hier: mündliche Anfrage von Frau Schultes**

Frau Schultes berichtet, dass angeblich in Köln die Mieten erhöht werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Wohnungsunternehmen sehr viel in die Instandsetzung ihrer Immobilien investieren.

Sie regt daher an, dass sich das Wohnungsbauforum mit diesem Thema beschäftigen sollte. Die Ergebnisse könnten dann im Ausschuss für Soziales und Senioren berichtet werden.

SE Herr Corneth ergänzt, dass die Mieten sich an dem Mietspiegel orientieren. Er erwartet eine Erhöhung in diesem Jahr von voraussichtlich 1-2 Prozent.

Der Vorsitzende Herr Ott merkt an, dass eine Vorlage des Stadtentwicklungsausschusses zum Thema Wohnen und Wohnraumförderung erstellt wurde.

In diesem Zusammenhang fordert er die Verwaltung auf, alle Vorlagen zum Thema „Wohnen“, die dem Stadtentwicklungsausschusses vorgelegt werden, immer auch den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Senioren zugänglich zu machen.

## **6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln**

### **6.1 Sachstandsbericht zur Arbeit der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 0945/2010**

#### **Monitoringbericht Februar 2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der geplanten Sondersitzung zu setzen.

**6.2 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II  
1492/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der Sondersitzung zu setzen.

**7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

**8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

**9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

**9.1.1 WinWin für Köln?  
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 11.01.2010  
AN/0057/2010**

**Antwort der Verwaltung  
0724/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.2 Wohnungsgenossenschaften in Köln  
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.01.2010  
AN/0177 /2010**

**Wohnungsgenossenschaften in Köln (hier: Beantwortung der Anfrage  
CDU-Fraktion vom 20.01.2010 aus der Sitzung SoSe v. 04.03.2010)  
1575/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.3 Sozialwohnungen**  
**hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010**  
**AN/0365 /2010**

Die Beantwortung findet sich unter TOP 16.1 im nicht öffentlichen Teil.

**9.1.4 Ausgleichsabgabe 2007**  
**hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010**  
**AN/0404 /2010**

**Antwort der Verwaltung**  
**0922/2010**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**9.1.5 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln**  
**hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010**  
**AN/0409 /2010**

Die Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

**9.2 Aktuelle Anfragen**

**9.2.1 Ermessungsbindungen bei Förderentscheidungen**  
**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.03.2010**  
**AN/0546/2010**

Die Antwort zu dieser Anfrage wurde bereits unter 3.11 behandelt und auf die nächste Sitzung vertagt.

**9.2.2 Von der ArGe geförderte Maßnahmen nach SGB III, § 46**  
**hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 30.03.2010**  
**AN/0595/2010**

Die Beantwortung liegt noch nicht vor.

**9.2.3 Auszahlungsstopp für Empfänger von SGB II-Leistungen wegen Krankenkassenwechsel**  
**AN/0649/2010**

Die Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

**9.2.4 Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege  
AN/0650/2010**

Die Antwort der Verwaltung zu der Anfrage wurde bereits unter 3.12 behandelt.

**10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

**10.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Coach e.V.,  
Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migranten, Oskar-  
Jäger-Str. 139, 50825 Köln  
1225/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung des Vereins Coach e.V., Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migranten als Interkulturelles Zentrum.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

**12 Ausschussempfehlungen an den Rat**

**12.1 Bundesweites Modell zur individuellen Steuerung der Energiekosten und  
zum sparsamen Umgang mit Energie  
5325/2009**

RM Herr Ensmann verdeutlicht, dass er es nicht für richtig hält, dass die von einzelnen Kunden nicht beglichenen Stromrechnungen auf die Kundengemeinschaft umgelegt werden. Er teilt mit, dass die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen wird.

RM Herr Helling berichtet, dass das Thema auf zwei Ebenen behandelt wird. Es geht zum einen um die wirtschaftliche Notlage einzelner Familien und zum anderen um Möglichkeiten ein energiesparendes Verhalten zu fördern.



Der zur Abstimmung stehende Beschluss beinhaltet die Aufforderung an die Bundesregierung nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, die für den Verbraucher/ die Verbraucherin die Möglichkeit schaffen, Energieverbrauchskosten durch eigenes Verhalten zu senken und einen wirksamen Anreiz zu schaffen, um mit Energie sparsamer umzugehen.

Darüber hinaus soll beschlossen werden, die Tarifstruktur der Energieversorgungsunternehmen allen Verbrauchern zugänglich zu machen und in geeigneter Weise neben positiven finanziellen Effekten für den Einzelnen auch ein Signal zum sparsamen Umgang mit Energie zu setzen. Unter Energieeinsparungsgesichtspunkten sollte auch das Modell der Verbraucherberatungszentralen NRW diskutiert werden.

RM Herr Helling\_schlägt vor, das sich der Ausschuss Umwelt und Gesundheit und Grün vertiefend mit den Inhalten der Vorlage beschäftigen soll, um hier weitere energiepolitische Maßnahmen zur erörtern. Er erinnert an eine Überlegung der vorhergehenden Bundesregierung, die Nutzung von energiesparenden Geräten mittels eines Fonds zu bezuschussen. RM Herr Helling regt an, dass auch diese Möglichkeit des Energiesparens im Ausschuss Umwelt und Gesundheit und Grün diskutiert werden sollte.

SE Herr Klein ergänzt, das auch die Maßnahmen und Planungen der europäischen Nachbarländer in die Diskussion einfließen sollten.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, die für den Verbraucher / die Verbraucherin Möglichkeiten schaffen, Energieverbrauchskosten durch eigenes Verhalten zu senken und einen wirksamen Anreiz darstellen, sparsam mit Energie umzugehen.

Eine bundeseinheitliche, stromspärfördernde Tarifstruktur der Energieversorgungsunternehmen soll allen Verbrauchern zugänglich sein und in geeigneter Weise neben positiven finanziellen Effekten für den Einzelnen auch ein Signal zum sparsamen Umgang mit Energie setzen, womit ein weiterer Baustein zur CO<sup>2</sup>-Reduzierung geschaffen bzw. umgesetzt wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich - mit Stimmen der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und pro Köln – zugestimmt

## **13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

## **14 Anfragen**

### **14.1 Abschlagszahlungen für die Seniorenvertretung hier: mündliche Anfrage von SE Frau Kleinpaß-Börschel**

SE Frau Kleinpaß-Börschel teilt mit, dass die Verwaltung sich wiederholt erfolglos bemüht hat, Abschlagszahlungen für die Seniorenvertretung mit der Kämmerei zu vereinbaren. Die Erklärung der Kämmerei hierzu lautet, dass eine Auszahlung der Verfügungsmittel erst dann erfolgen kann, wenn der Haushalt in Kraft getreten ist. Mit dieser Antwort ist die Seniorenvertretung nicht zufrieden, zumal sie viele Aktivitäten initiiert und eine wichtige Arbeit leistet.

Frau Kleinpaß-Börschel fordert die Verwaltung nochmals auf, sich zumindest für eine Abschlagszahlung einzusetzen.

Herr Santemann teilt mit, dass bei den Abschlagszahlungen die Seniorenvertretung in der Tat nicht berücksichtigt wurde. Er schlägt daher vor, die Angelegenheit nochmals genauer zu prüfen.

Frau Bredehorst ergänzt, dass bereits Lösungsvorschläge bestehen und die Seniorenvertretung in Kürze informiert wird.

SB Herr Dr. Schulz kann hierzu eine haushaltsrechtliche Beschränkung bezüglich des Anliegens der Seniorenvertretung nicht erkennen. Aus seiner Sicht ist eine Auszahlung möglich.

### **14.2 aktueller Sachstand zum Referat für Lesben, Schwule und Transgender hier: mündliche Anfrage von dem Ausschussvorsitzenden Herrn Ott**

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott bittet um einen aktuellen Sachstand bezüglich des Lesben und Schwulenreferats.

gez. Ott  
(Vorsitzender)

gez. Gunia-Hennecken  
(Schriftführerin)